

Eine Generation positioniert sich

Die jungen Aussteiger

Fukushima hat die Schulen erreicht. Die Lehrer erinnern sich an Tschernobyl, die Schüler stimmen über den Ausstieg ab - und viele gehen erstmals demonstrieren. VON ANNA LEHMANN

BERLIN taz | "Wisst ihr, wie viel Windräder man anstelle aller Atomkraftwerke in Deutschland bräuchte?" Lehrer Stephan Warnatsch blickt in die Klasse. Mai meldet sich zögernd: "Ich habe gelesen, dass sechzig Windräder ein Kraftwerk ersetzen." Dave murmelt "mehr", hebt den Arm und sagt: "Wenn die AKWs schon mal gebaut sind, dann sollten sie auch noch eine Zeit lang Strom produzieren." Raunen. Mehrere melden sich. "Nee, das ist nicht sicher! Und den Müll schießen wir ins All?"

Ahmed schlägt einen Volksentscheid vor, "dann kann man sehen, wie die Mehrheit denkt". Atomenergie ist das Thema der Unterrichtsstunde. 30 Oberstufenschüler der Friedensburg-Gesamtschule in Berlin-Charlottenburg zerbrechen sich in Politischer Weltkunde den Kopf. Das Unglück in Fukushima hat sie schockiert.

Kommt ihre Generation jetzt politisch in die Gänge? Fukushima könnte für viele Jugendliche eine Initialzündung sein, sagt Mathias Albert, der das Kapitel "Jugend und Politik" der 2010 veröffentlichten Shell-Studie betreute.

Die Forscher registrierten gerade bei sehr jungen Menschen eine wachsendes Interesse an gesellschaftlichen Fragen. "Es spricht viel dafür, dass wir am Beginn eines neuen politischen Zyklus stehen", sagt Albert.

Demo zum Kanzleramt

Am Montag nachdem die Reaktoren außer Kontrolle geraten waren, marschierten rund 500 Schüler der Friedensburg-Schule spontan los, bis in Sichtweite des Kanzleramts - für viele die erste Demo ihres Lebens. "Meine Eltern wollten mir verbieten mitzugehen, sie hatten Panik, es könnte enden wie bei Stuttgart 21", erzählt die 14-jährige Ina. "Aber ich würde das wirklich gern noch mal machen."

Die Stimmung ist mit Fukushima gekippt: Dem ARD-Deutschlandtrend vom April zufolge wollen zwei von drei Deutschen lieber eine höhere Stromrechnung als längere AKW-Laufzeiten. Ein politische Debatte hat eingesetzt, ähnlich wie nach Tschernobyl 1986. Damals erhielt die Anti-AKW-Bewegung einen enormen Schub. Solche Bewegungen, sagt Dieter Rucht vom Wissenschaftszentrum Berlin, der soziale Bewegungen erforscht, könnten wieder Zulauf erhalten - gerade von Jugendlichen.

Diese sind laut ARD-Deutschlandtrend noch radikaler als Erwachsene für einen raschen Ausstieg: Jeder Dritte, der jünger als 24 ist, will, dass alle AKWs vor 2020 abgeschaltet werden, nur 13 Prozent würden den Konzernen Zeit bis 2040 geben.

Stephan Warnatsch traktiert seine Schüler weiter mit Fragen. Welche Alternativen gibt es zur Atomenergie? Wer zahlt dafür? Die Jungen und Mädchen parieren geschickt. 1986 war Warnatsch so alt wie seine Schüler heute, er sagt: "Tschernobyl - das war meine erste Assoziation nach dem Unglück in Fukushima." Damals haben sie gegen Atomkraft demonstriert, "das und vieles andere hat uns bewegt".

In den neunziger Jahren ging der Bewegung ein wenig die Puste aus. Den Shell-Jugendstudien zufolge war der Anteil politisch interessierter Jugendlicher seit 1984 um 20 Prozentpunkte gesunken - auf den Tiefststand von 34 Prozent im Jahre 2002.

Seitdem geht er wieder leicht nach oben. Doch obwohl gerade junge Leute für umweltpolitische Themen offen seien, ließen sie sich nicht gern vereinnahmen, sagt Thomas Gensicke vom Sozialforschungsinstitut infratest. Nur 17 Prozent der Jugendlichen, die sein Institut befragte,

wollten sich fest in Parteien engagieren.

Zuwachs für Grüne Jugend

Als Schwarz-Gelb im Herbst die AKW-Laufzeiten verlängerte, haben die Grünen danach fast 5.000 Mitglieder hinzugewonnen - das Neumitglied ist im Schnitt jedoch Anfang 40. Auch die parteinahe Grüne Jugend erfuhr seit 2009 einen kräftigen Zuwachs um 40 Prozent - Neuanmeldungen trafen derzeit aber auch nicht körbewise ein, berichtet Bundessprecherin Gesine Avena.

Organisationen wie Greenpeace sehen bessere Chancen. Unnolf Harder ist für die Koordination der Jugendgruppen zuständig und erhält seit September verstärkt Anfragen von Leuten, die eine Gruppe gründen wollen. Über 40 Gruppen sind derzeit aktiv.

Aktionsformen wie Flashmobs oder Die-ins (kollektives Dahinsiechen infolge tödlicher Strahlung) haben Zulauf. Das lasse auf ein erhöhtes Mobilisierungspotenzial schließen, berichtet Harder. "Da wird sich sicher noch mehr tun."

Im größten deutschen Umweltverband, BUND, sind 43.000 Mitglieder jünger als 27 Jahre. "Über den Verteiler sind noch viel mehr Leute mobilisierbar", sagt der Geschäftsführer der BUND-Jugend Gert Sanders. Ob daraus auch ein politisches Bekenntnis wird, wagt er nicht vorherzusagen.

Die Schüler der Friedensburg-Gesamtschule sind sich jedenfalls einig. Als abgestimmt wird, ob in zwanzig Jahren alle AKWs abgeschaltet sein sollen, heben sich alle 30 Hände - und das, obwohl der Energieriese Eon warnt, dass sich 4.000 Windräder drehen müssten, um ein AKW zu ersetzen.

Mehr zum Thema

[Störfallszenario für Norddeutschland: Restrisiko Krümmel](#)

[Atomkatastrophe in Japan: Tepco kündigt Entschädigungen an](#)

[Nuklearforschung in Berlin: Der Atomreaktor mit dem porösen Dach](#)

[Atomkatastrophe in Japan: "Wir sind jetzt alle Strahlungsoffer"](#)

[Arbeiter in Fukushima: Japans Strahlenproletariat](#)

16april2011

<http://www.taz.de/1/zukunft/schwerpunkt-anti-akw/artikel/1/die-jungen-aussteiger/>